

Erst das Empire, dann: «Let Europe arise»

Winston Churchill Vor 50 Jahren starb der Mann, der den Widerstand gegen Hitler verkörperte wie kein anderer

VON WERNER VOGT

Der 19. September 1946 war in der Geschichte der Stadt Zürich und ebenso in der Geschichte der Schweiz ein ganz besonderer Tag. Zürich empfing jenen Mann, der im Mai 1940 zum Hoffnungsträger für die freie Welt und somit auch der Schweiz geworden war: den britischen Kriegspremier Winston Spencer Churchill. Seine Fahrt durch die Stadt glich einem Triumphzug: Nicht nur standen die Zuschauer in gleicher Aufmarschstärke wie beim Sechseläuten am Strassenrand. Nein, Jugendliche rannten hinter den Zuschauerreihen im Laufschriff mit dem Konvoi mit. Die Damen der Stadt füllten die offene Limousine, in der er stand, mit Rosen. Und als er auf einer speziell gebauten Holztribüne auf dem Münsterhof zur Bevölkerung sprach, waren die Leute auf dem ganzen Platz dicht gedrängt, Körper an Körper, sicher um seine Worte zu hören mindestens ebenso aber, um Danke zu sagen für alles, was er und England für Europa und die Schweiz getan hatten.

Brite oder Europäer?

Churchill war ein überzeugter Engländer und Brite und - als Kind seiner Zeit - geboren unter Königin Viktoria ein glühender Verfechter des Empire. Schon im Alter von 25 Jahren hatte er vier Kontinente bereist, auf ihnen gekämpft und geschrieben - noch globaler hätte seine Perspektive kaum sein können. Dass Churchills Gene zu 50 Prozent aus den Vereinigten Staaten von Amerika stammen, darf keineswegs vergessen werden. Es gehörte grösstes diplomatisches Geschick dazu, die USA in den Zweiten Weltkrieg zu bewegen und - nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor - erst noch die Europe-First-Strategie durchzusetzen, will sagen, dass erst Nazideutschland und seine verbündeten italienischen Faschisten niedergedrückt wurden und erst danach die militaristische Hegemonialmacht Japan.

Wie der Ahn, so der Sprössling

Winston Churchill war aber genauso stark Europäer, das heisst, ein im besten Interesse von Europa denkender Mann, wie er Brite war. Es mag ein Zufall sein, dass sein Ahnherr John Churchill, Duke of Marlborough, als erfolgreicher Feldherr dazu erkoren war, das Vormachtstreben der Spanier im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) zu brechen. Rund 250 Jahre später war Winston Churchill eine Schlüsselrolle zugeordnet, der Aggression Nazideutschlands ein Ende zu setzen. Dazu hätte es eigentlich nicht kommen müssen, denn 100 Jahre nach den Spaniern versuchte Napoleon, den europäischen Kontinent unter seine Kontrolle zu bringen. Auch er scheiterte mit diesem Versuch. Kaum ein Politiker lernt aus der Geschichte und erst recht kein Diktator.

Winston Churchill wurde bisweilen als «Kriegsgurgel» verschrien. Das ist



Der ehemalige britische Ministerpräsident Winston Churchill zelebriert sein Victory-Zeichen bei seinem Besuch als Oppositionsführer in der Schweiz in Genf am 23. August 1946.

KEYSTONE

falsch. Es stimmt zwar, dass der Krieg mit allen Möglichkeiten, Heldentaten zu vollführen, eine gewisse Faszination auf den jungen Churchill ausübte, aber die ebenso deprimierenden wie sinnlosen Schlächtereien des 1. Weltkriegs hatten bei ihm tiefe Spuren hinterlassen. So war Churchill im Zweiten Weltkrieg ein Warlord im besten Sinne des Wortes. Er war unerschrocken, und dies musste er auch sein. Aber tief im Innern war dieser Krieg auch für ihn ein Horror. Er nannte ihn «the unnecessary war», weil er vermeidbar gewesen wäre,

wenn die grossen Mächte (inklusive Grossbritannien) nicht geschlafen hätten, angesichts der deutschen Aufrüstung und Aggression.

Wie sichert man den Frieden?

Churchills grösste Sorge nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Verhinderung eines weiteren Waffengangs in Europa. Insofern waren seine beiden Reden im Jahr 1946 bahnbrechend. Im März 1946 warnte er in Fulton, Missouri, vor dem sowjetischen Expansionismus («kein eiserner Vorhang ist über Osteuropa hinuntergegangen»).

Und in Zürich skizzierte er am 19. September den Weg vorwärts: Er postulierte die Schaffung «einer Art von Vereinigten Staaten von Europa» mit der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich als Grundstein. Das war kühn, denn in Frankreich waren die Wunden der Gräueltaten der Nazibesetzung noch längst nicht vernarbt, geschweige denn verheilt. Grossbritannien dachte er - zumindest in jenem Moment - die Rolle eines wohlwollenden Göttis zu. Die Empörung in Frankreich als Folge der Zürcher Rede zeigte, dass er seiner Zeit voraus war. Tatsache

ist aber, dass West- und Zentraleuropa seit 1945 im Frieden miteinander leben konnten.

Was entstehen kann, wenn man auf ultranationalistische Hassprediger hört statt auf die ausgleichenden Kräfte der Besinnung, war nach dem Auseinanderfallen Jugoslawiens in den 1990er-Jahren mit dem anschliessenden Bürgerkrieg zu sehen. In diesem Sinn lag Churchill sicher richtig mit seinem «Let Europe arise!»

Werner Vogt ist Historiker, Publizist und Kommunikationsberater in Küsnacht.

«Tod Charlie Hebdo!»

Karikaturen In der islamischen Welt gehen die Proteste gegen Mohammed-Karikaturen weiter. Im Iran, in Afghanistan, Pakistan und Indien demonstrierten Tausende.

Die Massendemonstrationen richteten sich auch gegen die Karikaturen der französischen Satirezeitung «Charlie Hebdo», deren Redaktion in Paris Anfang Januar Ziel eines tödlichen Anschlags war. Die meisten Protestkundgebungen im Iran fanden nach dem Freitagsgebet ausserhalb der Hauptstadt Teheran statt. Das Staatsfernsehen zeigte Bilder von Demonstrationen in mehreren Städten, unter anderem in Ghom und Isfahan. Auf Schildern und

Fahnen bekundeten die Demonstranten ihren Respekt für den Propheten Mohammed und kritisierten dessen «Verleumdung» durch das Satireblatt. «Charlie Hebdo». In Sprechchören riefen sie: «Tod Frankreich!», «Tod Israel!», «Tod Grossbritannien», «Tod Charlie Hebdo!»

In der Stadt Herat im Westen Afghanistans demonstrierten mindestens 20 000 Menschen gegen die von «Charlie Hebdo» veröffentlichten Mohammed-Karikaturen. Es war die bisher grösste derartige Demonstration in Afghanistan. Die Demonstranten verbrannten französische Flaggen und forderten von Paris eine Entschuldigung bei den Muslimen. «Kein Muslim kann Beleidigungen unseres geliebten Propheten hinnehmen», sagte einer der Demonstranten.

In Islamabad beteiligten sich rund 15 000 Menschen an einer islamistischen Demonstration gegen «Charlie Hebdo». Weitere ebenfalls von islamistischen Gruppen organisierte Kundgebungen mit Tausenden Teilnehmern gab es in Quetta, Peshawar, Karachi, Lahore, Muzaffarabad und im pakistanischen Teil Kaschmirs. In Sinegar, im indischen Teil der muslimisch dominierten Unruheregion Kaschmir, feuerten Polizisten Rauchkanister und Warnschüsse ab, um eine Menge demonstrierender Muslime auseinanderzutreiben.

Vor gut einer Woche war «Charlie Hebdo» mit einem weinenden Mohammed auf dem Titel erschienen, der ein Schild mit der Solidaritätsbekundung «Je suis Charlie» in den Händen hält. In vielen muslimischen Ländern hatte dies wütende Proteste ausgelöst. (SDA)

NACHRICHTEN

DRESDEN Grönemeyer kommt, Pegida zieht Demo vor

Das deutsche islamkritische Bündnis «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) zieht die für den kommenden Montag in Dresden angekündigte Kundgebung auf morgen Sonntag nachmittag vor. Als Gründe nennt die Gruppe angesichts geplanter Gegenproteste mögliche Ausschreitungen - und ein Konzert mit Herbert Grönemeyer. Aus Protest gegen Pegida soll es am Montag in der Dresdner Innenstadt auch ein grosses Bürgerfest für Weltoffenheit geben. Dresden dürfe nicht der Intoleranz und Stimmungsmache überlassen werden, heisst es in einem Aufruf. Zahlreiche Musiker haben ihr Kommen zugesagt, darunter Herbert Grönemeyer und Silly. (SDA)

THAILAND Fünf Jahre Politikverbot für Yingluck Shinawatra

Die frühere thailändische Regierungschefin Yingluck Shinawatra ist vom Parlament ihres Amtes enthoben worden. Die vom Militär eingesetzten Abgeordneten befanden sie für schuldig, bei der Überwachung eines Reis-Ankaufprogramms ihre Pflichten verletzt zu haben. Als Konsequenz darf Yingluck in den kommenden fünf Jahren kein politisches Amt bekleiden. Sie hatte die Vorwürfe bis zuletzt bestritten. Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft in Bangkok mitgeteilt, die 47-Jährige wegen Korruption anklagen zu wollen. Bei einer Verurteilung drohen ihr bis zu zehn Jahre Haft. Es geht um ein Projekt zur Förderung des Reisanbaus, bei dem rund vier Milliarden US-Dollar in dunklen Kanälen versickert sein sollen. Yingluck war im Mai 2014 vom Verfassungsgericht abgesetzt worden. (SDA)